



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/164 - 18.7.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Sanfte oder scharfe Opposition ?	S. 1
England und die Mission Harrimans	S. 3
Lippoldsberger Erbauungsstunden	S. 4
Politik per Nachnahme	S. 6

## Sanfte oder scharfe Opposition ?

F.R. Es ist seit einiger Zeit fast schon Mode geworden, von der unzulässigen und schädlichen Schärfe der Opposition zu sprechen. Es heißt in solchen Äußerungen, natürlich sähe man ein, daß Opposition im demokratischen Kräftespiel notwendig sei, aber die Kritik dieser Opposition an den Maßnahmen der Regierung müsse doch in jedem Fall "sachlich" bleiben und dürfe nicht in persönliche Schärfen ausarten.

Das ist sicher richtig, wenn es andererseits auch zutrifft, daß es im parlamentarischen Kampf, so wie in jeder Auseinandersetzung, überall einmal hitzig zugeht, und daß es dabei auch gelegentlich zu einem persönlichen Seitenhieb gegen den politischen Gegner kommen kann. Solche persönlichen Attacken sollten gewiß nach Möglichkeit unterbleiben. Aber es ist auch unvernünftig, sie zu dramatisieren und oft gibt erst die aufgebauschte Entzündung solchen Vorfällen Resonanz und Gewicht. Sehr häufig ist es auch so, daß der Wunsch, Kritik möge in jedem Fall "sachlich" sein, in Wahrheit bedeutet, sie möge sanft, zahm und bequem sein. Sicherlich kann es Situationen geben, in denen die Opposition damit auskommen kann - wenn die Regierung und ihre parlamentarischen Gegenspieler nicht eben weit voneinander entfernt sind, wenn es sich um normale und ruhige Zeitläufte oder auch um zweit- und drittrangige Fragen handelt, die unstritten sind.

Keine dieser Voraussetzungen trifft aber für die gegenwärtige Lage in Deutschland zu. Es wird gelegentlich gesagt, wenn es im September 1949 zur Bildung einer Koalitionsregierung zwischen der CDU und der SPD gekommen wäre, die im übrigen gerade Adenauer nicht wünschte, dann würde heute vermutlich ein ruhigeres politisches Klima in Deutschland herrschen. Die Regierung besteht nun aber einmal so, wie sie ist, sie stützt sich auf Parteien, zu denen die SPD in scharfem sachlichem Gegensatz in fast allen wichtigen politischen Fragen steht. Die Politik dieser Regierung in den vergangenen zwei Jahren ist nach sozialdemokratischer Ansicht nicht dazu angetan, mit wohlwollender, sanfter Kritik beurteilt zu werden.

Das gilt für die Sozial- und Wirtschaftspolitik ebenso wie für das außenpolitische Gebiet. Die Ungerechtigkeit bei der Verteilung des Sozialproduktes geht weit über das vielleicht Unvermeidliche hinaus. Die sehr kleinen, wirtschaftlich ohnehin kräftigen Bevölkerungskreise werden durch die Gesetzgebung einseitig bevorzugt, die Armen und Ärmsten aber fortgesetzt benachteiligt. Besonders deutlich wurde das zuletzt bei dem Rentenzulage-Gesetz und bei allen Versuchen, die Einkünfte den rapide gestiegenen Preisen anzupassen. Alles das ist Gegenstand scharfer Kritik, ebenso wie die Unzulänglichkeit einer Außenpolitik, die mit dem angeblich so vernünftigen Rezept der Schritt-für-Schritt-Methode im Grunde nur den Mangel an Konzeption; Konsequenz und einer gewissen elastischen Härte zudecken will.

Die Aufforderung an die Opposition, sich zu mäßigen, befindet sich in verdächtiger Nähe des unausgesprochenen Wunsches, doch möglichst schonend und sanft mit der Politik der Regierung umzugehen. Wo echte und starke Gegensätze vorhanden sind, ist es richtiger, sie auszutragen als sie künstlich zu überbrücken oder zu verkleistern. Damit ist, vom Ganzen her gesehen, niemandem gedient.

+ + +

England und die Mission Harrimans

B.C. Obwohl britische amtliche Kreise gute Miene zum bösen Spiel machen und geflissentlich - allzu geflissentlich für den Anschein der echten Aufrichtigkeit - jedes Wort der Kritik an der Sendung Harrimans nach Teheran zu vermeiden suchen, sieht die öffentliche Meinung Englands diesen Vermittlungsversuch Trumans nicht mit überaus freundlichen Augen an.

Die erste Reaktion des britischen Botschafters in Teheran, Sir Francis Shepherd, daß er der Reise Harrimans "mit wenig Optimismus" entgegensehe, wurde zwar auf Kabelanweisung von Downing Street in ein "Mißverständnis" umgebogen. Doch kann selbst der größte Optimist in dieses diplomatische Dementi kein "Willkommen" hineinlesen.

In seiner Rede in Melrose, Roxburghshire, Schottland, erklärte Anthony Eden, der Außenfachmann der konservativen Opposition, Großbritannien erwarte von seinen Freunden und Verbündeten (also auch von Amerika!) keine "Vermittlung", sondern volle Unterstützung seiner gerechten Sache in Persien, deren Gerechtigkeit ja noch soeben durch den Internationalen Gerichtshof im Haag bescheinigt worden sei. Und die gesamte Öffentlichkeit applaudiert.

Wie erinnerlich, wollte Präsident Truman ursprünglich seinen persönlichen Ratgeber, Averill Harriman, zu Dr. Moussadeq, dem persischen Ministerpräsidenten schicken, um einen englisch-persischen Ausgleich im Rahmen der einstweiligen Verfügung des Haager Gerichts zu beraten. Das lehnte Moussadeq kurzerhand ab, da Persien bereits die Zuständigkeit des Gerichts im Haag zur Entscheidung "innerpersischer Angelegenheiten" zurückgewiesen habe. Daß Truman trotzdem Harriman nach Persien schickte, wird in englischen Kreisen von rechts bis links als eine fast unerträgliche Impertinenz empfunden, die das Prestige der Vereinten Nationen (das Haager Gericht ist ein Organ der UNO) ebenso sehr untergrabe, wie es den englischen Begriff von internationalem Recht, Vertragstreue, und von Freundschaft zwischen Verbündeten verletzt.

Der MANCHESTER GUARDIAN, wegen seiner Vorsicht und Mäßigung in außenpolitischen Dingen bekannt, schreibt gewichtig:

- "Die wachsende Reibung (zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten) ... entstand in erster Linie durch die taktlosen und unvorsichtigen Äußerungen und Handlungen der betäublich unfähigen Botschafter dieser beiden Länder zu Teheran; durch die ebenso taktlosen, wenn auch entschuldbareren Äußerungen der Beamten der Anglo-Iranian Oil Company in Persien; und durch Teile der Presse in den beiden Ländern, die sich einen Spaß daraus zu machen scheinen, aus diesen Unfähigkeiten und aus den Reden unverantwortlicher Minderheiten im (britischen) Parlament und (amerikanischen) Kongreß das meiste an Sensation herauszuholen. Es wäre tragisch, wenn man aus dieser Lage, in der es keinen wirklichen Grund für einen anglo-amerikanischen Konflikt gibt, sich eine ernsthafte Reibung entwickeln ließe".

Weder in Großbritannien, noch in den Vereinigten Staaten scheinen maßgebliche Kreise sich die Mühe zu machen, die persische Mentalität zu verstehen, wie sie in der Bezeichnung des Oelstreites als einer "innerpersischen Angelegenheit" zum Ausdruck kommt. Einer P r i v a t g e s e l l s c h a f t wie der A.I.O.C. kann eine orientalische Regierung nur als Obrigkeit diktieren, ohne das "Gesicht zu verlieren". Wären aber die Oelanlagen (durch Nationalisierung) Eigentum der b r i t i s c h e n R e g i e r u n g, so würden Verhandlungen zwischen "Ebenbürtigen" möglich sein, ohne daß der orientalische Stolz vor Fremden sich dadurch verletzt fühlen müßte, daß "ausländische Privatleute" versuchten, sich dem Willen der Obrigkeit zu widersetzen. Es ist dieser unbegreifliche Mangel an Einfühlungsvermögen in die Psyche des Ostens, der die Lage so ernst, den Konflikt so unlösbar macht.

+ + +

#### Erbaugungsstunde der Gestrigen

a. Wir haben die SRP im Land und vieles andere, was in dieser Richtung liegt, darunter auch den Lippoldsberger Dichtertag. Hans Grimm lud ein, und es kamen Renate von Fischer, Georg Grabenhorst, August Hinrichs, Moritz Jahn und Will Vesper - ein Gremium gleichgültiger oder abgestandener und fragwürdiger Prominenz. Es kamen auch viele Hörer aus der nahen Umgebung, aus Göttingen, Kassel, Münden und Hameln, einige auch von noch weiter her. Ein Publikum,

schwer zu definieren, unbeschrieben eigentlich, ohne klares geistiges Gepräge; der Mittelstand in allen Schattierungen, so sah es aus, kaum Arbeiter, kaum Intelligenz. Auffallend groß die Zahl der Frauen, und groß auch die Zahl junger Menschen.

Hans Grimm als Hausherr vertrat wiederum seine These vom guten Nationalsozialismus, der nur unglücklicherweise durchaus vermeidbare - ihm nicht innewohnende - schlechte Auswüchse getrieben habe. In der Erzbischofsschrift hat Grimm das ausgeführt; die Erzbischofsschrift lag vor der Kirche in Ständen zum Kauf, neben einer eben erschienenen Autobiographie "Rückblick", neben Guderian und Jahn, Grabenhorst, Hinrichs und Claudius - die ganze Sammlung noch einmal zum Mitnehmen. Und weiter: Auch die Auswüchse werden von Grimm insgeheim alle entschuldigt mit der erbärmlichen Formel: "Wer einen Stall ausmisten muß, macht sich die Hände schmutzig".

Grimm bekam Beifall dafür. Wofür? Für die Äußerungen dumpfer Starrköpfigkeit, für die Propagierung einer rückwärts gewandten, hoffnungslosen Verstocktheit. Damit war das Programm gegeben und die Atmosphäre, die es braucht. Sie stand alles in allem im Zeichen von Enge, Dumpfheit, Verworrenheit, Ressentiments und passiver Widersetzlichkeit.

Die Autoren führten das in verschiedenen Tonarten durch. Vesper hat immer noch die Vokabel Fremdland (für die "übrige Welt"), Grimm brachte eine Geschichte aus Südafrika unter gehäufte Anwendung des Wortes "deutsch" und Dr. Renate von Fischer sprach eine nach Form und Inhalt peinliche "Hymne auf das Vaterland". In ihnen Dreien akzentuierte sich der Charakter dieser Versammlung.

Zum Ende gab's vom Lippoldsberger Gesangverein das Andreas-Hofer-Lied. Hans Grimm hörte es stehend und war deutlich ergriffen: "Zu Mantua in Baden der treue Hofer war... Es leb' mein guter Kaiser Franz, mit ihm sein Land Tirol". Der auslegenden Phantasie ist zwar die genaue Richtung, jedoch keine Grenze gesetzt. - Man möchte lachen über diesen Dichtertag, es gelingt nicht ganz. Die bedrückende Frage drängt sich auf: Sind die Menschen, wie sie sich in Lippoldsberg fanden, ein ewig vorhandener, niemals ganz aufzulösender geistig-politischer Bodensatz? Oder wird das Denken, das Grimm und sein Konsortium nun wieder alljährlich begießen, in die Breite wachsen können?

Politik per Nachnahme

-x. "Für unser dreißigseitiges Programm berechnen wir einen Finanzierungsbeitrag von DM 10,-, also einen sehr mäßigen Betrag. Um Ihnen und uns die Sache zu erleichtern, übersenden wir unser Programm per Nachnahme. Das hat sich bewährt und wird auch Ihnen am angenehmsten sein..." usw.

Dafür wird geboten:

- |  |   |
|--|---|
| 1. <u>Unser politischer Weg</u><br>Wir vertreten energisch die deutschen Interessen            | 2. <u>Der Kollationismus</u><br>die neue, soziale Ordnung                   |
| 3. Die Aktion für die Landwirtschaft<br><u>schaft ein gesundes, und krisenfestes Bauerntum</u> | 4. <u>Das Flüchtlings-Programm</u><br>befriedigt berechnigte Forderungen    |
| 5. Das große Wohnungsbau-Programm<br><u>sorgt für ausreichenden und preiswerten Wohnraum</u>   | 6. <u>Der soziale Aus- und Aufbau</u><br>hilft Alten, Invaliden und Kranken |
| 7. <u>Die weiteren Arbeitsaufgaben</u><br>zeugen von unserem umfassenden Aufbauwillen".        |   |

Die Offertanten sind außerdem gegen Sozialisierung, Mitbestimmung betriebsfremder Elemente, gegen Gewerkschaftseinfluß und Parlamentarismus in den Betrieben und für unbehinderte Initiative des Kapitals. Natürlich richten sie ihre Offerte an Unternehmer aller Art, vermutlich, weil sie sich in diesen Kreisen eine größere Anzahl finanzkräftiger, politischer Analphabeten erhoffen.

Der Leser hält das ganze sicherlich für einen faulen Witz. Das ist er aber nicht, und die Vertreter des Kollapsionismus (Punkt 2 ihres Programmes enthält gewiß einen orthographischen Fehler) spekulieren nicht falsch. Sie finden überall Unternehmer, die schon immer zu allen Eseleien bereit gewesen sind, wenn sie sich eine Schwächung der Arbeitnehmerwünsche davon versprochen.

Und was Kollaps ist? Ganz einfach: Verfall - Zusammenbruch infolge Versagens eines lebenswichtigen Organs. Solche Politik per Nachnahme ist eine klare Verfallserscheinung - das versagende Organ aber ist ganz offenbar das Gehirn. Die Versender der Offerte nennen sich "Deutsche Volksgemeinschaft". Sie hat ihren Sitz nicht etwa in Bonn, Berlin, Frankfurt oder München. Sie hat ihn in dem weltbekanntesten Orte Oppershausen 13 über Celle. Da kann man nur sagen: Na denn: "Heil Remer!"

Ein neuer Ausbeutungsversuch

(sp) Die ostzonale Antreiberzentrale unternimmt einen neuen Versuch, die Belegschaften in den volkseigenen Betrieben in eine Zwangsjacke zu pressen. In allen Betrieben sollen sofort "spontane Resolutionen" gefaßt werden, für eine Augustwoche die 52-bis 54-Stundenwoche einzuführen. Dadurch soll der Arbeitsausfall wettgemacht werden, der durch die zwangsweise Abkommandierung von über einer Million Jugendlichen zu den kommunistischen "Jugendfestspielen" in Ost-Berlin hervorgerufen wird. Aber viele Anzeichen deuten darauf hin, daß auch in diesem Falle die SED und der kommunistische "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Bereits an dem heftigen Widerstand der Belegschaften im vergangenen Dezember gegen die Abschaffung der Weihnachts-Gratifikationen mußte die SED erkennen, daß der Bogen nahezu überspannt ist. Noch stärker war der Widerstand der ostzonalen Arbeitnehmer gegen das Bestreben des FDGB, den Produktionsausfall am 1. Mai durch Arbeitsleistung an den darauffolgenden Sonntagen auszugleichen. Auch in diesem Falle mußte die Antreiberzentrale den Pflock weit zurückstecken. Dieser Prestigeverlust machte der SED schwer zu schaffen.

Möglicherweise wird der Versuch der staatlichen Antreiberzentrale, wegen der kommunistischen "Weltfestspiele" mit der verbrieften 48-Stunden-Woche zu brechen, den Widerstandswillen der Arbeiter und Angestellten in der Ostzone wiederum entfachen. Die Beispiele der Weihnachtsgratifikation und des 1. Mai haben gezeigt, daß die Belegschaften in der Ostzone, trotz Druck und Terror, gesehen haben, welche Möglichkeiten ein gemeinsamer, fester Widerstand auch heute noch im Bereich der Ostzone bietet.

+ + +